

Login
E-Paper

ARBEIT

VDI nachrichten

TECHNIK WIRTSCHAFT GESELLSCHAFT

Rückkehr zum Sozialstaat

Von Wolfgang Schmitz | 26. Januar 2017 | Ausgabe 04

Die Technologisierung der Gesellschaft ist sozial nur dann verträglich, wenn die Politik steuernd eingreift. Davon ist Wirtschaftsprofessor und Politikberater Karlheinz Ruckriegel überzeugt.



Foto: dpa Picture-Alliance/Geisler-Fotopress

Wer die Zukunft fürchtet, neigt zu radikalen Positionen, wie hier Rechtsextreme in Köln. „Viele Menschen haben Angst, dass ihnen die Felle davonschwimmen“, befürchtet Karlheinz Ruckriegel ein Auseinanderdriften der Gesellschaft.

VDI nachrichten: Das Weltwirtschaftsforum widmete sich jüngst den weltweit größten Gefahrenherden. Neben Brexit und Donald Trump standen soziale Aspekte auf der Agenda. Die CDU macht die „Leitplanken der Sozialen Marktwirtschaft“ in einer von Digitalisierung und Globalisierung durchdrungenen Welt zum Zukunftsthema. Haben wir das Soziale aus dem Blick verloren?

Ruckriegel: Unser Gesellschaftssystem kann nicht allein auf Wirtschaftswachstum basieren. Das zeigt sich unter den Industrienationen immer deutlicher, wie der jüngste Global Risk Report des Weltwirtschaftsforums eindrucksvoll bestätigt. Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen und die damit verbundene Polarisierung der Gesellschaft stellen ein weltweites Problem dar. Der Marktkapitalismus muss reformiert werden, um demokratisch zweifelhaften Gruppen und Parteien nicht noch mehr Futter zu geben. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft können hier als Richtschnur gelten.

Ökonom und Glücksforscher

Der Volkswirtschaftler Karlheinz Ruckriegel (59) ist seit 1995 Professor für



Makroökonomie, insbesondere Geld- und Währungspolitik, Psychologische Ökonomie und interdisziplinäre Glücksforschung an der Technischen Hochschule Nürnberg.

Ruckriegel berät Politik, Unternehmen und Organisationen. Er ist Mitglied der Arbeitsgruppe „Zufriedenheit“ der Stiftung „Denkwerkzukunft“ ws

Foto: privat

Wo kommt das Futter her?

Der Global Risk Report zeigt, dass in den Regionen der USA, die stark von Jobverlusten betroffen sind, die Menschen zu extremen Positionen neigen. Dahinter stecken soziale Ängste. Natürlich bieten Digitalisierung und Automatisierung enorme Chancen. Aber viele Menschen haben Angst, dass ihnen die Felle davonschwimmen.

Sie machen die Digitalisierung für drohende soziale Spannungen verantwortlich?

Die Technologisierung ist generell eine gute Sache. Es liegt an der Gestaltungskraft der Politik, den Wandel zu steuern. Schließlich profitieren längst nicht alle von der Entwicklung. Also müssen wir technologische Veränderungen gesellschaftsverträglich begleiten, sonst fliegt uns das System um die Ohren. Ließe man die Entwicklung ohne politische Einflussnahme, sind entsprechende Reaktionen, bis hin zur Wahl eines deutschen Donald Trump, zu befürchten. Wer immer noch behauptet, dass es der Markt allein richten wird, übersieht die Signale.

Rasante technologische Entwicklungen bieten neue Gestaltungsmöglichkeiten. Welche dürfen wir nicht verschlafen?

Wir haben jetzt die historische Chance, eine Grundfrage neu zu verhandeln: Wie und wie viel wollen wir arbeiten? Wollen wir die Produktivitätsgewinne, die uns die neue Generation von Computern und Robotern verheißen, in noch mehr Lebensstandard umwandeln, der tendenziell immer ungleicher zwischen Gewinnern und Verlierern der neuen Arbeitswelt geteilt sein wird oder investieren wir in mehr Freiheit und mehr Muße? Voraussetzung ist, dass wir uns in einem einig sind: Die Technik muss dem Menschen dienen.

Die Politik reagiert bereits, indem sie Konzepte zur Arbeit 4.0 vorlegt. Die SPD will die Boni von Managern deckeln.

Die Initiativen sind richtig, aber letztlich nicht mehr als ein Anfang. Damit ist denen nicht geholfen, die gesellschaftlich abhängig sind oder denen dieses Schicksal auch aufgrund des technologischen Fortschritts droht.

Von Arbeitgeberseite heißt es: Wenn wir weniger arbeiten, verliert der Standort im internationalen Wettbewerb an Boden. Die Befürchtung ist doch nicht von der Hand zu weisen.

Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Die Generation Y will einen ausgeglichenen Lebensentwurf. Ihr geht es nicht um Status, sondern um

Sinnhaftigkeit, um Work-Life-Balance. Das Gehalt ist wichtig, aber nicht dominant. Wollen Unternehmen attraktive Arbeitgeber sein, müssen sie sich darauf einstellen.

Das sieht man in Unternehmen anders, die sich ihren Aktionären verpflichtet fühlen.

Man darf nicht alle Großunternehmen in einen Topf werfen. Die meisten sind familiengetragen und schauen nicht nur auf den kurzfristigen Gewinn. Es mag sein, dass manche Kapitalgesellschaften von aggressiven Aktionären getrieben werden. Das sind aber nur wenige.

Wenn uns technologische Fortschritte mehr Freiräume ermöglichen, heißt das ja nicht, dass wir an Engagement, Kreativität und Motivation verlieren. Gerade diese Tugenden sind im internationalen Wettbewerb entscheidend. Unternehmen ignorieren auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen nicht. Ich denke an jüngste Äußerungen von Siemens-Chef Joe Kaeser zum bedingungslosen Grundeinkommen und von Janina Kugel, Personalvorstand von Siemens. Sie fordert Führungskräfte zum Umdenken auf.

Sind die Unternehmen in Deutschland zum Kulturwandel bereit?

Angesichts der demografischen Entwicklung und der Einstellungen der Generation Y führt kein Weg daran vorbei. In Deutschland – und vor allem bei Ingenieuren – steht oft die Sache im Mittelpunkt und nicht der Mensch. Das rein Technische wird aber nicht reichen, um Talente zu gewinnen.

Sie sagen, die Politik solle sich wieder auf ihre Steuerungsaufgaben konzentrieren. Wie könnte das aussehen?

Grundsätzlich ist zu überlegen, wie Produktivitätsgewinne gesellschaftlich gerecht verteilt werden. Eine freie Marktwirtschaft wie in den USA ist im Gegensatz zur sozialen Marktwirtschaft kein Zukunftsmodell. Es geht darum, dass der Staat den Menschen über soziale Absicherungen und Anpassungshilfen wie finanzielle Unterstützung, Hilfen bei Fortbildung und Umschulung zur Seite steht, um wirtschaftliche Strukturbrüche gesellschaftlich abzufedern.

Der Verantwortung für die soziale Stabilität können sich auch Firmen nicht entziehen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass man diese Aufgabe in Unternehmen ernst nimmt. Es gibt parallel zur Gruppe der Industrie- und Schwellenländer (G20) ein Beratungsgremium, die B20, der viele internationale Unternehmen, Unternehmerpersönlichkeiten und Verbände angehören. Die B20 macht sich für Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stark. Auch Dieter Kempf, der neue Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), steht für soziale Verantwortung.

Gibt es Gesellschaften, die uns beim Glücksfaktor voraus sind?

Ja, mit Sicherheit die Skandinavier. Die Zufriedenheitswerte sind dort vergleichsweise hoch, weil die Einkommensunterschiede und die Unterschiede in der sozialen Stellung zwischen den unteren 20 % und den oberen 20 % der Bevölkerung weitaus geringer als bei uns sind und die soziale Durchlässigkeit weit größer ist. Das fördert das Vertrauen in die gesellschaftlichen Grundwerte. Basis ist ein gutes Bildungswesen. Traditionell spielen auch tarifliche Arbeitszeiten eine große Rolle, sodass es kaum Probleme mit der Work-Life-Balance gibt. Private Termine sind bei unserem nördlichen Nachbarn genauso wichtig wie dienstliche. Wir können das nicht 1:1 imitieren, aber es sollte zum Nachdenken anregen.

